



s3Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd | Postfach 10 02 62 |  
67402 Neustadt an der Weinstraße

## Gegen Empfangsbekenntnis

re:cap geD – Dietrichingen PV UG (haftungsb.)  
Hauptstraße 23  
69190 Walldorf

Friedrich-Ebert-Straße 14  
67433 Neustadt an der  
Weinstraße  
Telefon 06321 99-0  
Telefax 06321 99-2900  
poststelle@sgdsued.rlp.de  
www.sgdsued.rlp.de

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail
14-437-362:41	13.02.2025	Barbara Hillers Barbara.hillers@sgdsued.rlp.de

Telefon  
06321 99-2198

30.04.2025

## Errichtung eines Agri-PV Solarparks in der Ortsgemeinde Dietrichingen;

hier: Abweichung von einem Ziel des Regionalen Raumordnungsplanes (ROP)

Westpfalz gemäß § 6 Abs. 2 ROG i.V.m. § 10 Abs. 6 LPIG

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie beabsichtigen, einen Agri-PV Solarpark auf der Gemarkung von Dietrichingen zu errichten. Der geplante Solarpark (ca. 54,8 ha) liegt nordöstlich von Dietrichingen, ca. 1 km östlich des Flugplatzes Zweibrücken.

Mit der vorliegenden Planung ist eine kombinierte Nutzung der Fläche für die landwirtschaftliche Produktion als Hauptnutzung und für die Stromerzeugung mittels einer PV-Anlage als Sekundärnutzung gemäß den Vorgaben der DIN-SPEC 91434:2021-05 vorgesehen.

Das Vorhaben tangiert nach dem Regionalen Raumordnungsplan (ROP) Westpfalz IV ein Vorranggebiet für die Landwirtschaft. Vorranggebiete sind als regionalplanerische Ziele zu beachten.

1/19

Konto der Landesoberkasse:  
Deutsche Bundesbank, Filiale Ludwigshafen  
IBAN: DE79 5450 0000 0054 5015 05  
BIC: MARKDEF1545

Ust-ID-Nr.:  
DE 305 616 575

Besuchszeiten:  
Montag-Donnerstag  
9.00–12.00 Uhr, 14.00–15.30 Uhr  
Freitag 9.00–12.00 Uhr



Im Rahmen des Verwaltungsverfahrens werden personenbezogene Daten erfasst und gespeichert. Nähere Informationen finden Sie hierzu auf unserer Internetseite <https://sgdsued.rlp.de/de/datenschutz/>  
Für eine formgebundene, rechtsverbindliche, elektronische Kommunikation nutzen Sie bitte die Virtuelle Poststelle der SGD Süd, siehe <https://sgdsued.rlp.de/service/elektronische-kommunikation>



Sie haben daher mit Schreiben vom 13.02.2025 einen Antrag gemäß § 6 Abs. 2 ROG i.V.m. § 10 Abs. 6 LPiG auf Zulassung einer Abweichung von dem Ziel des Regionalen Raumordnungsplanes Westpfalz bei der SGD Süd gestellt. Gleichzeitig haben Sie bei der Kreisverwaltung Südwestpfalz die Durchführung einer Raumverträglichkeitsprüfung beantragt.

Der Antrag auf Zulassung einer Zielabweichung von dem Vorranggebiet für die Landwirtschaft wurde unter Beteiligung der Planungsgemeinschaft Westpfalz, der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz sowie der Kreisverwaltung Südwestpfalz und der Verbandsgemeindeverwaltung Zweibrücken-Land mit folgendem Ergebnis geprüft:

**Für die Ausweisung einer Sonderbaufläche für Agri-PV in der Ortsgemeinde Dietrichingen wird die Abweichung von dem raumordnerischen Ziel „Vorranggebiet Landwirtschaft“ unter folgenden Maßgaben zugelassen:**

**Die Agri-PV-Anlage ist gemäß den Vorgaben der DIN SPEC 91434 zu errichten.**

**Im Rahmen des nachfolgenden Genehmigungsverfahrens ist die dauerhafte Einhaltung der Vorgaben der DIN SPEC 91434 festzulegen.**

### **Begründung**

Nach dem ROP IV Westpfalz, der seit dem 06.08.2012 verbindlich ist, hat die der Erfüllung der Funktionen der landwirtschaftlichen Produktion dienende Landbewirtschaftung innerhalb der Vorranggebiete für die Landwirtschaft Vorrang vor konkurrierenden Nutzungsansprüchen (Z 28).

Da die vorliegende Planung diesen Vorgaben entgegensteht, war zu prüfen, ob von diesen verbindlichen raumordnerischen Zielen abgewichen werden kann. Dazu wurden die beteiligten Stellen um Stellungnahmen gebeten.<sup>1</sup>

Die **Planungsgemeinschaft Westpfalz**, Kaiserslautern, führt aus, dass sich das Plangebiet nordöstlich der bestehenden Ortslage, zwischen dem Sandwaldhof und dem Kirschbacherhof, befinde.

---

<sup>1</sup> Es werden nur die Passagen der Stellungnahmen wiedergegeben, die für das Zielabweichungsverfahren relevant sind.



Im Regionalen Raumordnungsplan (ROP) IV Westpfalz sei für das Plangebiet eine Zielbetroffenheit mit einem Vorranggebiet Landwirtschaft (Z 28 ROP IV Westpfalz) festzustellen.

Gemäß Z 28 ROP IV Westpfalz habe die der Erfüllung der Funktionen der landwirtschaftlichen Produktion dienende Landbewirtschaftung innerhalb der Vorranggebiete für die Landwirtschaft Vorrang vor konkurrierenden Nutzungsansprüchen.

In die Vierte Teilfortschreibung des LEP IV RLP habe u. a. die Forcierung des Ausbaus von Photovoltaikanlagen Eingang gefunden. G 166 LEP IV RLP, Vierte TF, führe wie folgt aus: „Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen flächenschonend, insbesondere auf zivilen und militärischen Konversionsflächen, entlang von linienförmigen Infrastrukturtrassen sowie auf ertragsschwachen, artenarmen oder vorbelasteten Acker- und Grünlandflächen errichtet werden. Gemäß LEP IV RLP solle die Nutzung erneuerbarer Energieträger an geeigneten Standorten ermöglicht werden.“

G 166 LEP IV RLP ziele gemäß Begründung darauf ab, dass bei der Errichtung von FFPVA dem Gedanken des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden sowie der Berücksichtigung von Schutzaspekten Rechnung getragen werde. Entsprechend führe auch die Begründung zu G 166 c LEP IV RLP aus, dass im Rahmen der Regional- und Bauleitplanung zu berücksichtigen sei, dass der Landwirtschaft die Grundlage der Bewirtschaftung durch eine Begrenzung der Nutzung von Ackerflächen erhalten werden solle.

Laut Verfahrensunterlagen solle die Anlage als Agri-PV-Anlage der Kategorie II gemäß DIN SPEC 91434:2021-05 in aufgeständerter Form errichtet werden. Die Begründung zu G 166 c LEP IV RLP führe zur Anlagenform Agri-Photovoltaik wie folgt vertiefend aus: *„Soweit Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlagen (Agri-Photovoltaik) innerhalb von landwirtschaftlichen Vorranggebieten errichtet werden sollen, ist dies raumordnerisch mit einem Vorranggebiet für die Landwirtschaft nur vereinbar, wenn eine möglichst uneingeschränkte Landbewirtschaftung durchführbar ist. In landwirtschaftlichen Vorranggebieten kann eine Flächenmehrfachnutzung in Frage kommen.“*

In diesem Kontext werde auf den Leitfaden zur Planung und Bewertung von FFPVA aus raumordnerischer Sicht in der Fassung vom 26. Januar 2024 der Obersten Lan-

desplanungsbehörde (Solarleitfaden) verwiesen, welcher ausführe: „Unter Agri-Photovoltaik (Agri-PV) versteht sich ein Verfahren zur gleichzeitigen Nutzung von landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie der PV-Stromerzeugung. Somit stellt Agri-PV eine Technologie dar, mit der die Flächeneffizienz, der mögliche Ausbau der PV-Leistung und die landwirtschaftliche Nutzung von Flächen in Einklang gebracht werden kann.“

Aus regionalplanerischer Sicht erscheine demnach das Vorhaben mit dem Vorranggebiet Landwirtschaft grundsätzlich vereinbar, wenn nachfolgende Aspekte im Rahmen des Zielabweichungsverfahrens verifiziert bzw. bestätigt und geprüft würden:

- Grundsätzlich solle gemäß Begründung zu G 166 c LEP IV RLP die Nutzung von Ackerflächen für den Bau von FFPVA im Außenbereich auf 2 % des jeweiligen Planungsraumes (Stichtag: 31.12.2020) begrenzt werden, um so einer möglichen Verschärfung von Flächenkonkurrenzen mit den Belangen der Landwirtschaft und der Sicherung der Lebensmittelproduktion Rechnung zu tragen. Nach Kenntnisstand der PGW seien gemäß Hinweis der Obersten Landesplanungsbehörde demgegenüber Agri-PV-Vorhaben zur gleichzeitigen Nutzung von Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung und zur Gewinnung von Solarenergie hierauf nicht anzurechnen. Dies sei aus Sicht der Regionalplanung im Rahmen des ZAV nochmals zu bestätigen.
- Gemäß G 166 LEP IV RLP solle unter Berücksichtigung von Schutzaspekten von Grund und Boden als Kenngröße für vergleichsweise ertragsschwächere landwirtschaftliche Flächen die Ertragsmesszahl (EMZ) herangezogen werden. Aufgrund der kombinierten Nutzung der Fläche gemäß o. g. Vorhaben für die landwirtschaftliche Produktion als Hauptnutzung und für die Stromerzeugung mittels einer PV-Anlage als Sekundärnutzung gemäß den Vorgaben der DIN-SPEC 91434:2021-05 erscheine aus regionalplanerischer Sicht die Berücksichtigung der dEMZ nicht von Relevanz. Dies sei aus Sicht der Regionalplanung im Rahmen des ZAV nochmals zu bestätigen.
- Gemäß Solarleitfaden werde im Kapitel 5. Bauplanungsrecht ausgeführt: „Um die Nutzung von Agri-PV und landwirtschaftlicher Nutzung zu vereinbaren (im Sinne der Begründung zu G 166 c 4. Teilfortschreibung LEP IV, Satz 4) soll grundsätzlich bei den technischen Ausführungen die DIN-Norm SPEC 91434 berücksichtigt



werden.“ Weiterhin sollten mindestens die weiter ausgeführten Parameter beachtet werden. Vertiefende Ausführungen, wie der Nachweis zu erfolgen hat und durch welche Behörde dies im weiteren Verfahrensprozess zu prüfen gelte, seien nicht enthalten. Aus Sicht der Regionalplanung bestehe hierzu noch Klärungsbedarf.

- Unmittelbar an das Plangebiet grenze gemäß ROP IV Westpfalz weitere Vorranggebiete (u. a. Vorranggebiet Landwirtschaft, Vorranggebiet Regionaler Biotopverbund) an. Es sei sicherzustellen, dass auch eine indirekte Zielbetroffenheit der unmittelbar angrenzenden Vorranggebiete (bspw. aufgrund des gewählten Flächenzuschnitts des Plangebietes) ausgeschlossen sei (ggf. in Abstimmung mit der zuständigen Fachbehörde).

Im Kontext mit dem Vorranggebiet Landwirtschaft seien aus regionalplanerischer Sicht weitere Aspekte von Belang, um der Erfüllung der Funktionen der landwirtschaftlichen Produktion Rechnung zu tragen:

- Gemäß Solarleitfaden solle sichergestellt werden, dass für erforderliche Ausgleichsmaßnahmen bei Inanspruchnahme eines Vorranggebietes Landwirtschaft keine weiteren landwirtschaftlichen Flächen (unabhängig von ihrer raumordnerischen Einstufung) der Nutzung entzogen würden. In diesem Kontext werde zudem auf den laut Verfahrensunterlagen geplanten Bau eines Umspannwerks am geplanten Netzeinspeisepunkt verwiesen. Aus regionalplanerischer Sicht bestehe Klärungsbedarf hinsichtlich des Umgangs einer etwaigen Betroffenheit von Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebieten.
- Es werde vorsorglich, unter Verweis auf angrenzende Vorranggebiete Landwirtschaft und aufgrund des betroffenen Vorbehaltsgebietes Erholung und Tourismus, darauf hingewiesen, dass bestehende bzw. angrenzende Wegestrukturen für die Land- und Forstwirtschaft sowie für die naturnahe Erholung und Leitungszugänge zu erhalten seien, um u. a. insbesondere auch den entsprechenden Betrieb der angrenzenden Flächen nicht einzuschränken.

**Die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz**, Kaiserslautern, weist darauf hin, dass die Freiflächen-Photovoltaik (FFPV) im Rahmen der Energiewende eine große Betroffenheit in Form des größten Landentzugs für die Landwirtschaft mit sich bringe.



Derzeit seien die rechtlichen Vorgaben auf Bundes- und Landesebene ständigen Änderungen unterworfen. Hinzu kämen eine Beschleunigung der Planungsprozesse sowie Konzepte von Gemeinden, Verbandsgemeinden und Planungsgemeinschaften, die nicht immer aufeinander abgestimmt würden. Dies führe zu erheblichen Verwerfungen in der Agrarstruktur und den landwirtschaftlichen Betrieben. Außerlandwirtschaftlich orientierte Eingriffe in die Bodenmärkte, sowohl auf dem Pachtmarkt, als auch auf dem Kaufmarkt, würden erhebliche Preissprünge mit sich bringen. Es sei festzustellen, dass anstehende Planungen für FFPV-Anlagen einen erheblichen Einfluss auf den Bodenmarkt hätten, indem die Flächenverfügbarkeit örtlicher bäuerlicher Betriebe erheblich beeinträchtigt werde. Die Aussicht der Grundstückseigentümer, eine PV-Anlage auf ihren landwirtschaftlichen Grundstücken errichten zu können, verhindere in vielen Fällen den Abschluss langfristiger Pachtverträge für eine landwirtschaftliche Nutzung. Die Möglichkeit einer langfristigen Flächensicherung sei aber die Grundvoraussetzung, um eine dauerhafte und nachhaltige Landwirtschaft zu betreiben und damit die Versorgungssicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten sowie den Betrieben ihre Produktionsgrundlage zu sichern. Der Flächenentzug beschleunige zudem den Strukturwandel in der Landwirtschaft zusätzlich. Daher sei bei allen Planungen zu vermeiden, dass durch den Ausbau der erneuerbaren Energien der bäuerlichen Landwirtschaft die Grundlagen der Bewirtschaftung entzogen werde und/oder Investoren die Bodenmärkte beeinflussen.

Grundsätzlich stelle sich die Frage, ob der ROP in seinen Grundzügen berührt werde. Dabei sei relevant, ob die Abweichung durch das „planerische Wollen“ gedeckt sei. *„Es muss - mit anderen Worten - angenommen werden können, die Abweichung liege noch im Bereich dessen, was der Plangeber gewollt hat oder gewollt hätte, wenn er den Grund für die Abweichung gekannt hätte“* (BVerwG, 4 C 8/10, NVWZ 2011, 821). Die der Ursprungsplanung nachfolgende weitere Entwicklung der Umstände sei regelmäßig mit veränderten Tatsachen und Erkenntnissen verbunden, die zum Abweichungsverfahren führten. So dürfte zwar die sich zuspitzende Klima- und Energiekrise mit grundlegenden Transformationsprozessen und rechtlichen Veränderungen (z.B. § 2 EEG, 4. Teilfortschreibung LEP IV) ein wesentlicher Aspekt für die Einzelfallprüfung sein, ob der Plangeber mit dem Wissen und der Verantwortung von heute, im Hinblick auf Freiflächen-PVA, anders vorgegangen wäre, sei aus Sicht der Landwirtschaftskammer jedoch fraglich. Ein solches Vorgehen lasse sich in der Teil-



fortschreibung des ROP IV Westpfalz zum Ausbau der Erneuerbaren Energien erkennen, die auch die Ausweisung von grundsätzlich geeigneten Flächen für Freiflächen-PVA beinhalten solle. In der Fortschreibung des LEP IV werde in diesem Zusammenhang auf die linienhaften vorbelasteten Strukturen als auszuweisende Vorbehaltsgebiete verwiesen. Derzeit sei jedoch noch keine Verfestigung bzw. ein Planentwurf der Planungsgemeinschaft zu diesem Thema vorhanden. Die steuernde und ausgleichende Funktion eines abgewogenen Regionalplanes werde bei der Zulassung von Zielabweichungen, außerhalb der definierten Priorisierungsbereiche, verhindert. Es erfolge eine einseitig gerichtete Entscheidung zu Gunsten eines einzelnen Planungsfeldes.

Grundsätzlich erkenne die Landwirtschaftskammer die Notwendigkeit der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien an. Allerdings werde hinsichtlich der Errichtung von FFPV-Anlagen die Auffassung vertreten, dass entsprechend des Grundsatzes 166 des Landesentwicklungsprogrammes IV zunächst alle anderen Möglichkeiten der Realisierung von Photovoltaikanlagen auszuschöpfen seien, ehe auf landwirtschaftliche Nutzflächen zurückgegriffen werden könne (Gebäude, versiegelte Flächen, Deponien, Konversionsflächen usw.). Dazu könne auch die Errichtung von Agri-PV-Anlagen einen Beitrag leisten.

Neben der Versorgungssicherheit mit Energie spiele vor den Hintergrund der weltweiten Krisen gerade auch die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen eine zentrale Rolle. Hier seien die Belange mit und gegeneinander gerecht abzuwägen. Auch die Produktion von nachwachsenden Rohstoffen stelle eine Sicherung der Energieversorgung dar.

Im vorliegenden Fall werde eine Agri-PV-Anlage innerhalb eines Vorrangbereiches für die Landwirtschaft beantragt.

Es handele sich bei der Anlage um eine besondere Solaranlage im Sinne des § 48 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 a) des EEG auf Ackerflächen, die kein Moorboden seien und nicht rechtsverbindlich als Naturschutzgebiet im Sinne des § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes oder als Nationalpark im Sinn des § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes festgesetzt worden seien, mit gleichzeitigem Nutzpflanzenanbau auf derselben Fläche. Für besondere Solaranlagen nach § 48 (1) 5 a) EEG sei gemäß § 85c EEG die Festlegung der Bundesnetzagentur vom 1. Oktober 2021 auf Grund des § 15 der

Innovationsausschreibungsverordnung in der am 1. Januar 2021 geltenden Fassung als Festlegung im Sinn des Absatzes 1 anzuwenden.

Besondere Solaranlagen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen i.S.d. § 15 Nummer 2 a) und b) InnAusV müssten nach Stand der Technik errichtet und betrieben werden. Die Einhaltung des Standes der Technik sei insbesondere erbracht, wenn die Solaranlagen und der Nutzpflanzenanbau bzw. der Anbau von Dauerkulturen oder mehrjährigen Kulturen auf den Flächen über die gesamte Förderdauer die Anforderungen der DIN SPEC 91434:2021-056 erfüllen.

Daher seien die Vorgaben aus o.g. Festlegung sowie der DIN-SPEC 91434 einzuhalten.

Der Antragsteller habe den Nachweis über die Einhaltung der Vorgaben der DIN SPEC 91434:2021 -05 vorgelegt.

Die Bewertung des Vorhabens erfolge auf Basis der DIN SPEC 91434:2021-5 und den gesetzlichen Grundlagen zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP-Direktzahlungen-Gesetz - GAPDZG, GAP-Konditionalitäten-Gesetz - GAPKondG, GAP-Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem-Gesetz - GAPInVeKoSG). Es werde geprüft, ob die geplante PV-Anlage die entsprechenden Vorgaben erfülle, um als AGRI-PV Anlage anerkannt zu werden.

Die Darstellungen in dem Nachweis würden von der Landwirtschaftskammer als nachvollziehbar und schlüssig eingeordnet. Die Kriterien und Anforderungen an die landwirtschaftliche Hauptnutzung würden erfüllt.

- 5.2.2: Kategorie 1B lichte Höhe am tiefsten Punkt 2,10 m werde eingehalten.
- 5.2.3: Voraussichtlicher Flächenverlust mit 8,2 % sei kleiner als die Höchstmenge von 10%, das bisherige Bewirtschaftungssystem (Fruchtfolge) werde beibehalten.
- 5.2.4: Die Bearbeitbarkeit sei auf Grund der Systembreite von 8,80 m mit den eingesetzten Maschinen gegeben.
- 5.2.5: Ausreichende Lichtversorgung sei nachvollziehbar dargestellt worden.
- 5.2.6: Negative Auswirkungen auf die Wasserversorgung seien nicht zu erwarten, ggf. sogar Verbesserung durch Schattenwirkung der Anlage.



- 5.2.7: Die dargestellte Bewirtschaftungsform lasse keine erhöhte Erosion erwarten.
- 5.2.8: Durch die geplante Rammtechnik könne die Anlage rückstandslos rückgebaut werden.
- 5.2.9: Durch die PV Anlage entstehe ein potentieller durchschnittlicher Deckungsbeitragsrückgang von ca. 350 € pro ha. Die Bewirtschaftung liefere auch nach diesem Rückgang noch einen positiven Deckungsbeitrag in einer Größenordnung von 565 € pro ha, sodass die Wirtschaftlichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung gegeben bleibe.
- 5.2.10 und 5.2.12: Die Ertragsreduzierung durch Flächenverlust und Randeffekte betrage ca. 20 % des Referenzertrages und erfülle somit Forderung, dass mindestens 66 % des Referenzertrages erreicht würden.
- 5.2.11: Die Referenzerträge würden durch Ertragserhebungen des Antragstellers entsprechend der Vorgaben der DIN SPEC festgestellt.

Sofern sichergestellt sei, dass die Konzeption der Anlage mit den Angaben des Nutzungskonzeptes der DIN SPEC 91434:2021 -05 dauerhaft konform gehe, könne in diesem Fall das Benehmen zum Antrag hergestellt werden.

Die **Kreisverwaltung Südwestpfalz – Untere Landesplanungsbehörde**, Pirmasens, teilt mit, dass der Vorhabenträger dieses Projektes die Durchführung einer Raumverträglichkeitsprüfung beantragt habe, welche zeitnah erfolge.

Nach einer ersten Einschätzung werde aber darauf verwiesen, dass Dietrichingen über rund 585 ha landwirtschaftliche Fläche verfüge und der geplante Solarpark etwa 9,4 % der landwirtschaftlichen Fläche einnehme. Gemäß dem raumordnungsrechtlichen Regelungsgehalt zu den Flächenbegrenzungen sowie dem entsprechenden jüngsten Rundschreiben der 2%- bzw. 5%-Schwellen zur Beanspruchung landwirtschaftlicher Flächen, könnten im gegenständlichen Fall deshalb die Bedenken nicht vollständig zurückgestellt werden. Es handele sich zudem nach Kenntnisstand der Kreisverwaltung, unter Heranziehung der durchschnittlichen EMZ, über weit überdurchschnittlich wertige landwirtschaftliche Flächen. Die Einhaltung diverser Vorgaben (u.a. DIN SPEC 91434) für Agri-PV solle in diesem Zusammenhang sorgfältig



überprüft und insbesondere mit der Landwirtschaftskammer und ferner mit der Planungsgemeinschaft Westpfalz erörtert werden. Darüber hinaus liege das Vorhaben an keinem begünstigten Standort i.S.d. G 166 4. TF LEP IV.

Seitens der Kreisverwaltung könne eine abschließende und belastbare Stellungnahme aber erst im Rahmen der zeitnah startenden Raumverträglichkeitsprüfung abgegeben werden.

Die **Verbandsgemeindeverwaltung Zweibrücken-Land**, Zweibrücken, unterstützt die geplante Errichtung einer Agri-PV-Anlage durch die re:cap geD in der Ortsgemeinde Dietrichingen und der Verbandsgemeinderat stimme der beantragten Zielabweichung zu. Ebenso habe die Ortsgemeinde Dietrichingen per Beschluss dem Vorhaben zugestimmt.

Im Rahmen des Zielabweichungsverfahrens war durch die **Obere Landesplanungsbehörde** zu prüfen, ob gem. § 6 Abs. 2 ROG i.V.m. § 10 Abs. 6 LPIG die folgenden Kriterien als Voraussetzungen für eine Zielabweichung sachlich vorliegen:

1. Es müssen sich seit der Beschlussfassung des Regionalen Raumordnungsplanes Tatsachen oder Erkenntnisse verändert haben.
2. Die Abweichung muss nach raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar sein.
3. Der Regionale Raumordnungsplan darf in seinen Grundzügen nicht berührt werden.

zu 1.

Gemäß Landesentwicklungsprogramm (LEP) IV soll die Nutzung erneuerbarer Energieträger an geeigneten Standorten ermöglicht werden. Die Träger der Regionalplanung sollen im Rahmen ihrer Moderations-, Koordinations- und Entwicklungsfunktion darauf hinwirken, dass unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten die Voraussetzungen für den weiteren Ausbau von erneuerbaren Energien geschaffen werden (G 161).



Grundsätzlich wird diese Entwicklung zwar im ROP Westpfalz, wie von der Landwirtschaftskammer angemerkt, aufgegriffen, der Schwerpunkt beim Ausbau der erneuerbaren Energien wurde jedoch auf die Nutzung der Windenergie gelegt. Die zukünftige Entwicklung des Ausbaus von Photovoltaikanlagen war zum Zeitpunkt der Genehmigung des ROP im Jahr 2012 noch nicht absehbar.

Dies untermauern auch die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie herausgegebenen „Zeitreihen zur Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland“, die belegen, dass die installierte Leistung von Photovoltaikanlagen von 2013 bis 2017 insgesamt nur um rund 15 % zugenommen hat.

Seit 2017, insbesondere aber seit 2021, sind jedoch ein deutlich erhöhtes Interesse am Ausbau der Photovoltaik und ein starker Zuwachs der installierten Leistung im Freiflächen-Segment zu verzeichnen<sup>2</sup>, was u.a. auf die gesunkenen Modul-Preise<sup>3</sup> sowie die geänderten Förderbedingungen zurückzuführen ist.

Dies hat auch die Landesregierung erkannt. Um der verstärkten Nachfrage nach geeigneten und förderfähigen Flächen nachzukommen und die erneuerbaren Energien weiter auszubauen, hat sie deshalb 2018 eine Photovoltaikfreiflächenverordnung verabschiedet. Mit der ersten Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung über Gebote für Solaranlagen auf Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten (22.12.2021) wird nunmehr u.a. die Möglichkeit eröffnet, Freiflächen-Photovoltaikanlagen in benachteiligten Gebieten auch auf Ackerflächen zu fördern. Die nun vorliegende zweite Landesverordnung sieht sogar eine Verdoppelung der förderfähigen Kullisse von 200 MW/a auf 400 MW/a vor.

Hinzu kommt, dass mit der Gesetzesnovelle des EEG, die zum 01.01.2023 in Kraft getreten ist, der nach dem EEG potentiell vergütungsfähige Bereich entlang von Autobahnen und Schienenwegen von 200 m auf 500 m vergrößert und damit der Randstreifen entlang von Autobahnen und Schienenwegen als primär zu nutzender Standort gestärkt wurde, um weiteres Potential im Bereich der erneuerbaren Energien zu erschließen. Ferner wurde im § 2 EEG festgelegt, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentli-

<sup>2</sup> Bundesverband Solarwirtschaft e.V.: Statistische Zahlen der deutschen Solarstrombranche (Photovoltaik), Berlin 2023.

<sup>3</sup> Aktuelle Fakten zur Photovoltaik in Deutschland, Fraunhofer ISE, Download von [www.pv-fakten.de](http://www.pv-fakten.de), Fassung vom 27.09.2023.



chen Sicherheit dient. Deshalb sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführende Schutzgüterabwägung eingebracht werden, bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist.

Schließlich wurde mit dem Gesetz zur sofortigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien im Städtebaurecht, Artikel 1, vom 01.01.2023 das Baugesetzbuch geändert. Nach § 35 Abs. 1 Nr. 8 b BauGB sind nunmehr Vorhaben, die der Nutzung solarer Strahlungsenergie dienen, im Außenbereich zulässig, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen, die ausreichende Erschließung gesichert ist und die Vorhaben auf einer Fläche längs von Autobahnen oder Schienenwegen des übergeordneten Netzes im Sinne des § 2b des Allgemeinen Eisenbahngesetzes mit mindestens zwei Hauptgleisen und in einer Entfernung zu diesen von bis zu 200 Metern, gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahn, liegen.

Dies wurde zwischenzeitlich ebenfalls von der Landesregierung aufgegriffen. Die Vierte Teiländerung des LEP IV, die seit dem 31.01.2023 in Kraft ist, sieht vor, dass Freiflächen-Photovoltaikanlagen flächenschonend entlang von linienförmigen Infrastrukturtrassen sowie auf ertragsschwachen, artenarmen oder vorbelasteten Acker- und Grünlandflächen errichtet werden sollen.

Darüber hinaus ergeht mit Z 166 b ein Auftrag an die Regionalplanung, in den Regionalplänen zumindest Vorbehaltsgebiete für Freiflächen-Photovoltaikanlagen, insbesondere entlang linienförmiger Infrastrukturtrassen, auszuweisen.

**Somit liegen seit der Beschlussfassung des ROP veränderte Tatsachen und Erkenntnisse vor.**

#### zu 2.

Die energiepolitischen Zielvorstellungen des Landes sind mit den standortbezogenen Voraussetzungen in Einklang zu bringen. Im Falle einer Standortwahl, die mit raumordnerischen Zielen in Konflikt steht, muss eine Abweichung auch unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar sein. Das Merkmal der Vertretbarkeit unter raumordnerischen Gesichtspunkten liegt vor, wenn der durch die Zielabweichung angestrebte Zustand planbar gewesen wäre.<sup>4</sup> Der nach erfolgter Zielabweichung entstan-

<sup>4</sup> Kment, in: Kment, Kommentar zum Raumordnungsgesetz, § 6, Rn. 68, 2019.  
12/19



dene Rechtszustand muss demnach mithilfe eines sich an den rechtlichen Vorgaben orientierenden Planungsverfahrens ebenfalls erzielt werden können.

Vorranggebiete für die Landwirtschaft werden zur Sicherung geeigneter Gebiete für die landwirtschaftliche Nutzung ausgewiesen. Gemäß der Begründung zu Ziel 28 wird damit unter längerfristigen Gesichtspunkten u.a. der Sicherung landwirtschaftlicher Nutzflächen als Voraussetzung für die betriebliche Entwicklung Rechnung getragen. Der Ausbau regenerativer Energien, hier der Photovoltaik, steht diesem Ziel gegenüber, ohne derzeit noch selbst im ROP Westpfalz mit Zielvorgaben belegt zu sein.

Grundsätzlich weist die Landwirtschaftskammer darauf hin, dass entsprechend dem Grundsatz 166 des LEP IV zunächst alle anderen Standortmöglichkeiten zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auszuschöpfen seien, ehe auf landwirtschaftliche Nutzflächen zurückgegriffen werden könne (z.B. Gebäude, versiegelte Flächen, Deponien, Konversionsflächen). Allerdings stelle die Errichtung von Agri-PV-Anlagen eine mögliche Alternative dar.

Im vorliegenden Fall sei eine Agri-PV-Anlage innerhalb eines landwirtschaftlichen Vorranggebietes geplant. Es handele sich hierbei um eine besondere Solaranlage i.S.d. § 48 Abs. 1 S. 1 Nr. 5a) EEG, welche auf Ackerflächen errichtet werden solle und gleichzeitig den Nutzpflanzenanbau auf derselben Fläche ermögliche. Weiter werde darauf verwiesen, dass Agri-PV-Anlagen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen bestimmte Kriterien einzuhalten hätten, um als solche eingestuft zu werden. Insbesondere die Anforderungen der DIN SPEC 91434:2021-05 hinsichtlich Errichtung und Betrieb seien zu erfüllen. Insgesamt müsse die Vereinbarkeit von Solaranlage und Nutzpflanzenanbau auf den Flächen dauerhaft gewährleistet sein. In diesem Zusammenhang weist auch die Planungsgemeinschaft drauf hin, dass im Solarleitfaden der Obersten Landesplanungsbehörde die Einhaltung der technischen Ausführungen DIN-Norm SPEC 91434 bei der Nutzung von Agri-PV-Anlagen gefordert werde.

Auch nach Auffassung der Oberen Landesplanungsbehörde sollen gemäß der 4. TF des LEP IV, die seit dem 31.01.2023 in Kraft ist, Freiflächen-Photovoltaikanlagen zwar primär flächenschonend, insbesondere auf zivilen und militärischen Konversionsflächen, entlang von linienförmigen Infrastrukturtrassen sowie auf ertragsschwa-



chen, artenarmen oder vorbelasteten Acker- und Grünlandflächen errichtet werden (G 166). Dennoch sind gerade Agri-PV-Anlagen, insbesondere vor dem Hintergrund des zunehmenden Flächendrucks auf landwirtschaftliche Vorrangflächen, ein besonderes Gewicht beizumessen. Dem wird auch in der Begründung zum Grundsatz G 166 c der 4. TF LEP IV Rechnung getragen. Demnach stellen Agri-PV-Anlagen eine Nutzung dar, die mit dem Vorranggebiet Landwirtschaft vereinbar ist, sofern die Flächen weiterhin möglichst uneingeschränkt für die landwirtschaftliche Produktion zur Verfügung stehen. In der Begründung zu G 166 c sowie im Solarleitfaden der Obersten Landesplanungsbehörde wird zudem explizit auf Agri-PV-Anlagen als Technologie verwiesen, mittels derer die Flächenmehrfachnutzung/-effizienz, also der mögliche Ausbau der PV-Leistung und die landwirtschaftliche Nutzung miteinander in Einklang gebracht werden kann.

Aufgrund der Vorgaben der 4. TF LEP IV ist zudem zu erwarten, dass Agri-PV-Anlagen Eingang in die Fortschreibung des Regionalplans finden werden und ggf. unter Einhaltung der jeweils gültigen DIN SPEC-Vorgaben als Nutzung in Vorranggebieten für die Landwirtschaft „freigestellt“ werden.

Nach Ansicht der Oberen Landesplanungsbehörde stellen Agri-PV-Anlagen damit insbesondere in Vorranggebieten für die Landwirtschaft bzw. auf überdurchschnittlich ertragsstarken Flächen eine raumordnerisch verträgliche Alternative zu konventionellen Freiflächen-Photovoltaikanlagen dar und ermöglichen die Flächenschonung sowie eine sinnvolle Mehrfachnutzung von Flächen im Sinne der Energiewende. Agri-PV-Anlagen sind daher bei Einhaltung der Vorgaben der DIN SPEC 91434 aus raumordnerischer Sicht in aller Regel mit dem Vorrang „Landwirtschaft“ als kompatibel anzusehen.

Wie in den Antragsunterlagen ausgeführt wird, liegt der geplante insgesamt rund 54,8 ha große Standort nordöstlich von Dietrichingen und wird derzeit landwirtschaftlich vom Eigentümer selbst genutzt. Mit der vorliegenden Planung ist eine kombinierte Nutzung der Fläche (Hauptnutzung: landwirtschaftliche Produktion, Sekundärnutzung: Stromerzeugung) gemäß den Vorgaben der aktuell gültigen DIN-SPEC 91434:2021-05 als Agri-PV-Anlage der Kategorie II vorgesehen. Den entsprechenden Nachweis über die Einhaltung der Vorgaben der DIN-SPEC 91434:2021-05 hat der Antragsteller erbracht und das entsprechende landwirtschaftliche Nutzungskon-



zept sowohl mit dem bewirtschaftenden Landwirt als auch mit der Landwirtschaftskammer abgestimmt.

Laut Antragsunterlagen ist demnach vorgesehen, die ackerbauliche Nutzung unter Beibehaltung der bestehenden Fruchtfolge fortzuführen. Der Anlagentyp ist hinsichtlich der aufgeständerten Bauweise, der Dimensionierung (Höhe, Fahrbahnbreite zwischen den Modulreihen) auf die Bewirtschaftungsanforderungen der vorgesehenen Kulturen und des bewirtschaftenden Betriebs ausgelegt. Abzüglich der freizuhaltenden und landwirtschaftlich nicht nutzbaren Sicherheitsstreifen seitlich der aufgeständerten PV-Module, verbleibt eine Fläche von rund 49,4 ha für die uneingeschränkte landwirtschaftliche Nutzung. Dies entspricht in etwa 90 % der Gesamtprojektfläche, sodass die Vorgaben der DIN SPEC 91434:2021-05 eingehalten werden, wonach der Flächenverlust bei Agri-PV-Anlagen der Kategorie II maximal 15 % der Gesamtprojektfläche betragen darf.

Dies wird auch von der Landwirtschaftskammer und der Planungsgemeinschaft so gesehen, die mit der geplanten Agri-PV-Anlage konform gehen. Auch aus raumordnerischer Sicht wird damit den Belangen der örtlichen Landwirtschaft Rechnung getragen und die mit der regionalplanerischen Zielfestlegung beabsichtigte Raumnutzung „Landwirtschaft“ ist weiterhin auf der Fläche realisierbar. Zugleich kann aufgrund der Mehrfachnutzung die Flächeneffizienz erheblich gesteigert werden.

Im Übrigen ist der bewirtschaftende Landwirt gleichzeitig auch Eigentümer der Flächen. Daher sind keine negativen Auswirkungen auf die lokale Eigentümer- und Pächterstruktur zu erwarten. Eine gewisse Ertragsreduktion der Fläche bleibt zwar durch die Errichtung der PV-Module nicht aus. Laut Antragsunterlagen entspricht der zu erwartende Ernteertrag nach Errichtung der Agri-PV-Anlage dennoch den Vorgaben der DIN SPEC 91434:2021-05, sodass für den Landwirt die Wirtschaftlichkeit der landwirtschaftlichen Produktion weiterhin gegeben ist. Hinzu kommt, dass der Eigentümer für den Zeitraum der Nutzung der Fläche als Agri-PV-Anlage Entgelte erhält und damit etwaige Einkommensverluste durch geringere Ernteerträge kompensiert werden.

Da die Realisierung des Vorhabens als Agri-PV-Anlage geplant ist und die Flächen somit zu 90 % weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden können, kommen die Vorgaben der 4. TF LEP IV, Freiflächen-PVA u.a. bevorzugt auf ertragsschwachen

Standorten zu errichten sowie der gemäß Begründung zu G 166 c 4. TF LEP IV genannte Zielwert, max. 2 % der Ackerfläche einer Kommune für Freiflächen-PVA zu überplanen, hier nicht zur Anwendung.

Soll der Ausbau der Photovoltaik vorangebracht bzw. unterstützt werden, ist es aus Sicht der Raumordnung generell nicht zu vermeiden, in einzelnen Fällen auch landwirtschaftliche Fläche mit höherer Bodengüte in Anspruch zu nehmen. Bevorzugt mit dem Ausbau der PVA auf Dachflächen von Gebäuden in öffentlicher Hand, wie von der Landwirtschaftskammer u.a. gefordert, ist der Umbau der Stromversorgung von fossilen zu erneuerbaren Energien nicht zu schaffen. Gerade Agri-PV-Anlagen bieten aus Sicht der Raumordnung die Möglichkeit zwei üblicherweise im Außenbereich konkurrierende Nutzungen und somit den Ausbau von PV-Leistung und die Nutzung von ertragsstarken Ackerflächen für die Landwirtschaft miteinander in Einklang zu bringen.

Sowohl die Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land als auch die Ortsgemeinde Dietrichingen unterstützen das Vorhaben.

**Die Zulassung der beantragten Zielabweichung ist unter Einhaltung der o.g. Maßgaben raumordnerisch vertretbar.**

### zu 3.

Aus landesplanerischer Sicht ist eine von dem Vorhaben ausgehende, raumbedeutsame Beeinträchtigung des insgesamt großräumig ausgewiesenen Vorranggebietes für die Landwirtschaft nicht anzunehmen. Mit der vorliegenden Planung werden die betroffenen raumordnerischen Zielausweisungen in ihrer Gesamtheit nicht in Frage gestellt. Von negativen Auswirkungen auf andere Ziele der Raumordnung ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht auszugehen. Folglich wird die dem Plan zugrunde gelegte Planungskonzeption nicht in beachtlicher Weise beeinträchtigt.

Die Ausführungen in der Stellungnahme der Planungsgemeinschaft verdeutlichen, dass die Tatbestandsmerkmale „aufgrund veränderter Tatsachen oder Erkenntnisse“ nicht isoliert zu betrachten sind. Dieser Aspekt hat Einfluss auch auf die Frage, ob der regionale Raumordnungsplan in seinen Grundzügen berührt wird. Dabei ist relevant, ob die Abweichung durch das „planerische Wollen“ gedeckt ist. „Es muss - mit





anderen Worten - angenommen werden können, die Abweichung liege noch im Bereich dessen, was der Plangeber gewollt hat oder gewollt hätte, wenn er den Grund für die Abweichung gekannt hätte“ (BVerwG, 4 C 8/10, NVWZ 2011, 821). Die der Ursprungsplanung nachfolgende weitere Entwicklung der Umstände ist regelmäßig mit veränderten Tatsachen und Erkenntnissen verbunden, die zum Abweichungsverfahren führen. So dürfte die sich zuspitzende Klima- und Energiekrise mit grundlegenden Transformationsprozessen und rechtlichen Veränderungen (z.B. § 2 EEG, 4. Teilfortschreibung LEP IV) ein wesentlicher Aspekt für die Einzelfallprüfung sein, ob der Plangeber mit dem Wissen und der Verantwortung von heute im Hinblick auf Freiflächen-PVA anders vorgegangen wäre und vorginge. Ein solches Vorgehen lässt sich in diesem Fall mit der Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsplans Westpfalz zum Ausbau der Erneuerbaren Energien erkennen, die auch die Ausweisung von grundsätzlich geeigneten Flächen für Freiflächen-PVA beinhalten soll.

**Der Regionale Raumordnungsplan Westpfalz wird in seinen Grundzügen nicht berührt.**

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Friedrich-Ebert-Straße 14, 67433 Neustadt an der Weinstraße, schriftlich, in elektronischer Form nach § 3 a Abs. 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes oder zur Niederschrift erhoben werden.

#### Wichtiger Hinweis:

Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die auf der Homepage der SGD Süd unter <https://sgdsued.rlp.de/de/service/elektronische-kommunikation/> aufgeführt sind.



Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd  
-Obere Landesplanungsbehörde-

Im Auftrag

Sylvia Götz